

# Risiken im Jahresbericht dargestellt

**GGS STROMBERG** Geschäftsführer Franziskus Graf von Plettenberg machte finanzielle Schiefelage deutlich

Von Laura Schöffel

**STROMBERG.** Die Registrierung kostet etwas Zeit, das Herunterladen ist kostenpflichtig. Aber wer will, der erhält relativ mühelos Einsicht in die bislang erschienenen Jahresabschlussberichte der Gesellschaft für Gewerbeansiedlung Stromberg (GGS). Bis zum Geschäftsjahr 2011 wurden diese noch im Bundesanzeiger veröffentlicht, von da an finden sie sich auf [www.unternehmensregister.de](http://www.unternehmensregister.de).

Spannend an den Zahlenwerken sind vor allem die ausformulierten Darstellungen des Geschäftsführers Franziskus Graf von Plettenberg, der seit dem 20. August 2001 bei der GGS angestellt ist. „Im Berichtsjahr konnten keine Flächen verkauft werden“, heißt es da in der „Darstellung des Geschäftsverlaufes“ für das Jahr 2012. Durch die fehlenden Grundstücksverkäufe werde die Gesellschaft wie schon im Jahr 2011 einen „erheblichen Jahresverlust“ ausweisen müssen, berichtet Plettenberg weiterhin. Er fügt hinzu, dass erstmals ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 184 000 Euro ausgewiesen werde.

## „Erhebliche Bedenken“

In vier Aufsichtsratssitzungen bis ins Jahr 2013 hinein, die Plettenberg nach Datum aufzählt, sei die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft besprochen worden. Zudem sei „unter dem Datum vom 4. März 2013“ ein Sanierungsgutachten erstellt worden, liest sich aus dem Bericht heraus. Jenes Sanierungsgutachten heißt im Jahresbericht für das Jahr 2013 plötzlich Fortführungsprognose „unter dem Datum vom 4. März 2013“. Nur Letztere ist VG-Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) ein Begriff. „Warum das in einem Bericht Sanierungsgutachten und im nächsten Bericht Fortführungsprognose heißt, das muss man den Geschäftsführer fragen“, sagte sie im Gespräch mit der AZ. Plettenberg war nachmittags nicht mehr zu erreichen.

Bereits in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 2012 wies Plettenberg darauf hin, dass die



Die Geschichte des Gewerbeparks ist durchaus eine Erfolgsstory: Unternehmen wie Wilbert Kranbau, das sich hinter dem Erdwall verbirgt, kauften einst riesige Flächen in Waldlaubersheim. Es sind die restlichen 70 000 Quadratmeter, auf denen sich ungestört die Blümchen tummeln, die die GGS nun dringend loswerden müsste. Archivfoto: Heidi Sturm

Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Eurokrise die Vermarktung der Grundstücke im Gewerbepark erschwere. „Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich einer kurzfristig weiter erfolgreichen Ansiedlungspolitik im Gewerbepark Waldlaubersheim“, schreibt Plettenberg. Der Geschäftsführer sah jedoch mittelfristig keine Risiken über die reine Marktentwicklung hinaus und beschreibt einen „Unternehmertag“ für die ansässigen Unternehmen, die Anzeigenschaltung im regionalen Wirtschaftsmagazin sowie die ständige Aktualisierung der Darstellung des Gewerbeparks in der Flächenbörse der Investitions- und Strukturbank des Landes Rheinland-Pfalz als Maßnahmen, um die Präsenz des Gewerbeparks Waldlaubersheim am Markt zu verstärken. Viele Anfragen seien eingegangen und etliche Verkaufsgespräche seien geführt worden. Zudem nennt er zwei Grundstücksverkäufe, die

kurz vor der Realisierung stünden.

Trotz dieser Aussichten und Bemühungen weist Plettenberg bereits in diesem Bericht, der auf den 13. Juni 2013 datiert ist, darauf hin: „Risiken bestehen in der nicht zeitnahen Verwertung der Grundstücksflächen bei weiterhin bestehenden Zahlungsver-

pflichtungen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb.“ Er erwähnt ebenfalls die Bürgschaft durch die Verbandsgemeinde in Höhe von 500 000 Euro, die die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft für die Jahre 2013 und 2014 gesichert habe. „Sollten über diesen Zeitraum hinaus keine Grundstücke veräußert werden, sind

weitere Maßnahmen der Gesellschaft erforderlich, um den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern“, warnt Plettenberg.

Sein Bericht für das darauffolgende Geschäftsjahr 2013 fällt etwas positiver aus. Ein Kaufvertrag sei abgeschlossen worden für eine Lkw-Tankstelle zu einem Kaufpreis von 130 000

Euro, der jedoch erst in Jahr 2014 gezahlt werde und folglich auch in das Geschäftsjahr 2014 falle. Grundsätzlich zeigt sich der Geschäftsführer leicht optimistisch. „Die Auswirkungen der Finanzkrise scheinen sich zu reduzieren“, berichtet Plettenberg und resümiert dennoch: Im Berichtsjahr erhöhte sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um weitere 262 000 Euro auf 446 000 Euro, also mehr als doppelt so hoch als noch im Vorjahr.

Im Jahr 2014, für das noch kein Jahresbericht vorliegt, wurden laut Plettenberg weiterhin zwei Grundstückskaufverträge abgeschlossen, die gemeinsam einen Kaufpreis von 282 000 Euro erzielen. Anfang 2014 sei außerdem eine bis zum 30. Juni 2015 befristete Reservierungsvereinbarung für eine Fläche für einen Lebensmittelmarkt notariell beurkundet worden, die im Falle der Umsetzung einen Erlös von 270 000 Euro in die Kasse bringen könnte. ► **KOMMENTAR**

## ANKE DENKER GLAUBT AN DEN WERT DER GRUNDSTÜCKE

► „Nach heutigem Wissensstand hätte ich das aktuelle **Sanierungskonzept** schon 2013, nachdem die Bürgschaft anstand, auf den Weg bringen müssen. Trotz fehlender Mehrheiten“, gesteht Anke Denker (SPD), Bürgermeisterin der VG Stromberg, im Gespräch mit der AZ ein.

► Ein Zurückblicken bringt ihrer Auffassung nach zurzeit dennoch wenig. „Mit und ohne Insolvenz **trägt die VG die Kosten**“, betont Denker. Deswegen ist es ihr Anliegen, nun das Sanierungskonzept Schritt für Schritt – das Prüf-

ergebnis der Kommunalaufsicht sowie Gespräche mit dem Finanzamt stehen im Raum – umzusetzen. „So könnten wir die Grundstücke zumindest zu den Preisen verkaufen, die real erzielt werden können“, erläutert die VG-Bürgermeisterin und zeigt sich überzeugt: „Ich bin sicher, dass diese Flächen zu vermarkten sind.“

► Dass sie sich nicht mehr beteiligte ins Boot geholt habe, bevor sie dem VG-Rat das Ergebnis des Wirtschaftsprüfers sowie das Sanierungskonzept vorgelegt hat, lässt sich Denker **nicht vorwer-**

**fen.** „Nachdem ich davon erfahren habe, hab ich mich sofort mit den Beigeordneten, mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und seinem Stellvertreter sowie mit dem Geschäftsführer in Verbindung gesetzt“, betont sie.

► Zu einer Aussage darüber, ob sie einer **Vertragsverlängerung** des Geschäftsführers der GGS zustimmen würde, lässt sich Denker nicht hinreißen. „Es muss jetzt im Interesse der VG liegen, die Kosten so schnell wie möglich so weit wie möglich zu senken“, lautet ihr Credo.



**Laura Schöffel**  
zur Finanzkrise bei der GGS

@ [lschoeffel@vrm.de](mailto:lschoeffel@vrm.de)

## Fest geschlafen

Jahresabschlussberichte können schon mal verwirrend sein. Der für die GGS ist es nicht. Selbst eine oberflächliche Lektüre hätte jedem noch so rechen-schwachen Menschen offenbaren müssen, dass erhöhte Vorsicht geboten ist. Hübsch ausformuliert und ganz einfach dargestellt hat dort der Geschäftsführer die sich abzeichnende Krise. Von nicht gedeckten Fehlbeträgen ist da die Rede, eine Tatsache, die in kommunalen Haushalten nicht unbedingt für Aufsehen sorgen würde und deswegen vermutlich nicht weiter auffiel. Die Schnelligkeit, mit der diese jedoch gewachsen sind, nämlich um (!) 262 000 Euro auf 446 000 Euro allein im Geschäftsjahr 2013, müsste dann vielleicht schon skeptisch stimmen. Dass ein Geschäftsführer aber schon fast selbst darauf aufmerksam macht, dass er zu teuer wird, sollte man nicht bald wieder ein paar Grundstücke verkaufen, das ist mehr als ein Wink mit dem Zaunpfahl. Nicht hinzusehen reicht da nicht, da muss man schon feste die Augen verschließen, will man davon nichts erahnen haben. Die „Kontrollure“ im Aufsichtsrat und in den politischen Gremien, die in diesem Fall diese Bezeichnung nicht verdienen, schließen sie offenbar sehr fest. Vielleicht träumten sie von der grünen Wiese.